

Für ein nachhaltiges, gerechtes und demokratisches Dahlenburg

Gemeinsam handeln. Zukunft vor Ort gestalten.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Ob Kita-Platz, Busverbindung, bezahlbares Wohnen, sichere Schulwege, lebendige Ortskerne, verlässliche Verwaltung oder der Schutz unserer Landschaft: Kommunalpolitik entscheidet darüber, wie gut das Leben vor Ort gelingt. Mit diesem Wahlprogramm machen wir ein klares Angebot für Dahlenburg und seine Dörfer – nachhaltig, gerecht, demokratisch und nah an den Menschen.

Die Kommunalwahl 2026 ist eine Chance, die Aufgaben unserer Zeit konkret vor Ort anzupacken: Klimaschutz, gute Bildung, bezahlbares Wohnen, gesicherte Mobilität, soziale Unterstützung, starke Vereine und eine Verwaltung, die verständlich und erreichbar ist. Wir wollen nicht nur Probleme beschreiben, sondern Lösungen schaffen, die im Alltag spürbar werden.

Das gelingt nur gemeinsam: mit Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Wirtschaft, Landwirtschaft, sozialen Einrichtungen, Schulen und Zivilgesellschaft. Wir stehen für Demokratie, Vielfalt und Solidarität. Jeder Form von Extremismus, Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit stellen wir uns entschieden entgegen und unterstützen Initiativen, die unsere demokratische Kultur vor Ort stärken.

Unsere Kernversprechen: Wir schützen Natur und Klima, stärken Bildung und soziale Teilhabe, machen Mobilität verlässlicher, entwickeln Wohnen und Ortskerne nachhaltig weiter, modernisieren die Verwaltung und sichern kommunale Handlungsfähigkeit – damit Dahlenburg lebenswert bleibt und zukunftsfähig wird.

Unser Grundsatz: Was die Samtgemeinde selbst entscheiden kann, wollen wir entschlossen anpacken. Wo Landkreis, Land oder Bund zuständig sind, werden wir uns einmischen, Lösungen einfordern, Fördermittel nutzen und Bündnisse für Dahlenburg schmieden.

Unsere 10 wichtigsten Vorhaben

1. Wir sichern gute Bildung und Betreuung: mit verlässlichen Kita- und Krippenplätzen, Ganztagsbetreuung und einer modernen Grundschule.
2. Wir machen Mobilität sicherer und verlässlicher: mit besseren Verbindungen, guten Radwegen, sicheren Schulwegen und Unterstützung für den Dörferbus.
3. Wir schützen Natur und Artenvielfalt: mit naturnahen öffentlichen Flächen, Alleen, Feldrainen und einer ökologisch ausgerichteten Bewirtschaftung gemeindeeigener Flächen.
4. Wir bringen die Energiewende vor Ort voran: mit transparenter Windenergieplanung, kommunaler Wärmeplanung, Energieberatung und Nutzung regionaler Wertschöpfung.
5. Wir stärken bezahlbares und nachhaltiges Wohnen: durch Innenentwicklung, Baulücken- und Leerstandskataster, klimagerechte Bauleitplanung und lebendige Ortskerne.
6. Wir sichern soziale Teilhabe: mit besser auffindbaren Hilfen, Beratung, Treffpunkten gegen Einsamkeit und verlässlicher Unterstützung sozialer Einrichtungen.

7. Wir stärken Demokratie, Vielfalt und Zusammenhalt: gegen Extremismus und Diskriminierung, für Beteiligung, politische Bildung und eine offene Kommune.
8. Wir modernisieren die Verwaltung: digitaler, verständlicher, barrierefrei, lösungsorientiert und als attraktive Arbeitgeberin.
9. Wir unterstützen Ehrenamt, Vereine, Kultur und Feuerwehr: durch weniger Hürden, verlässliche Räume, bessere Sichtbarkeit und praktische Unterstützung.
10. Wir sichern kommunale Handlungsfähigkeit: mit ehrlichen Haushalten, klaren Prioritäten, konsequenter Fördermittelnutzung und fairer Finanzierung durch Bund und Land.

Umwelt-, Natur- und Klimaschutz

Der Verlust der Artenvielfalt ist eines der größten Umweltprobleme unserer Zeit – weltweit und direkt vor unserer Haustür. Artenvielfalt bedeutet, dass viele verschiedene Tiere, Pflanzen und Lebensräume erhalten bleiben. Viele Tier- und Pflanzenarten sind bedroht, Lebensräume verschwinden und die Folgen der Klimakrise verschärfen den Druck auf unsere Natur. Der „Niedersächsische Weg“ – eine Vereinbarung von Naturschutz, Landwirtschaft und Politik in Niedersachsen – zeigt, dass gemeinsame Lösungen möglich sind. Diesen Ansatz wollen wir vor Ort konsequent umsetzen.

Wir wollen Natur- und Artenschutz sichtbar verbessern und zugleich langfristig Kosten senken. Ziel ist eine spürbare Stärkung der biologischen Vielfalt.

Deshalb wollen wir:

- an Gemeindestraßen neue Alleen anlegen, wo dies mit der Verkehrssicherheit vereinbar ist. An Kreisstraßen setzen wir uns beim Landkreis dafür ein, bestehende Alleen und Baumreihen zu schützen und entnommene Bäume gezielt nachzupflanzen.
- öffentliche Grünflächen naturnäher gestalten, Mähintervalle verlängern, insektenfreundliche und nicht-invasive Pflanzen verwenden – also Pflanzen, die heimische Arten unterstützen und sich nicht unkontrolliert ausbreiten – sowie auf Pestizide und künstliche Düngemittel verzichten.
- zum Schutz von Igeln und anderen nachtaktiven Tieren den Einsatz von Mährobotern nur zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang erlauben.
- die naturnahe Umgestaltung privater Gärten durch Beratung, Information und Positivlisten für Neubaugebiete fördern.
- gemeindeeigene Nutzflächen stärker am Allgemeinwohl ausrichten und so bewirtschaften, dass sie Natur-, Arten- und Klimaschutz besonders dienen.
- Wegraine als Rückzugsräume und Nahrungsflächen für heimische Arten reaktivieren, etwa durch feldheckentypische Gehölze, natürliche Entwicklung oder mehrjährige Blühpflanzen.
- landwirtschaftliche Nutzflächen im Eigentum der Gemeinde bei auslaufenden Pachtverträgen oder Neuverpachtungen vorrangig nach den Vorgaben des ökologischen Landbaus bewirtschaften lassen.
- im Samtgemeinderat dafür eintreten, dass die Samtgemeinde Dahlenburg dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ wieder beitrifft.
- naturnahe Landschaftselemente wie Hecken, Feldgehölze, Alleen, Baumreihen und Feldraine als Lebensräume für Insekten, Vögel und Kleinsäuger dauerhaft schützen.

Klima, Natur, Energie und Landwirtschaft

Windenergie transparent ausbauen

Für die Ausweisung von Windenergieflächen sind in Niedersachsen die Landkreise zuständig. Das bedeutet: Nicht die einzelne Gemeinde entscheidet allein, wo Windräder entstehen können, sondern der Landkreis legt geeignete Flächen fest. Unsere kommunale Aufgabe ist es, die Interessen der Menschen vor Ort einzubringen, Transparenz einzufordern und Beteiligung zu organisieren. Wir treten für einen nachvollziehbaren Planungsprozess ein, in dem Kriterien offen dargestellt und die Belange von Menschen, Natur und Landschaft bestmöglich miteinander in Einklang gebracht werden. Das vom Land vorgegebene Flächenziel bleibt für uns verbindlich; zusätzliche Auswahlkriterien wollen wir offen mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren.

Die Einnahmen aus kommunaler Beteiligung an Windparks sollen den Menschen vor Ort zugutekommen – etwa für unser Schwimmbad, für Dorfgemeinschaftshäuser, den Jugendtreff, für unsere öffentlichen Flächen, Vereine oder weitere freiwillige Leistungen. Beteiligungsmodelle wie Bürgerenergiegenossenschaften oder örtliche Projektgesellschaften wollen wir unterstützen. Das sind Formen, bei denen Menschen, Kommune oder Unternehmen vor Ort wirtschaftlich beteiligt werden können, damit Wertschöpfung in der Region bleibt.

Künftige Wärmeversorgung

Deutschland soll spätestens 2045 klimaneutral sein. Für unsere Wärmeversorgung bedeutet das: Heizöl und Erdgas werden langfristig keine tragfähige Grundlage mehr sein.

Ob künftig individuelle Heizungen, Nahwärme oder Fernwärme die beste Lösung sind, zeigt die kommunale Wärmeplanung. Damit ist ein Plan gemeint, der untersucht, wie Gebäude künftig bezahlbar und klimafreundlich beheizt werden können. Sie liegt für die Samtgemeinde Dahlenburg bereits vor und soll aus unserer Sicht kontinuierlich fortgeschrieben werden

Besonders aufmerksam verfolgen wir die Planungen des örtlichen Energieversorgers zum Umbau der Biogasanlage in Dahlenburg. Die Idee, vor Ort erzeugten Strom aus Biogas und Windenergie über ein separates Netz für Wärmepumpen nutzbar zu machen, kann ein wichtiger Schritt für eine sichere, klimafreundliche und bezahlbare Wärmeversorgung sein. Dieses innovative Vorhaben unterstützen wir, wenn es transparent geplant wird und möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern in Dahlenburg und der Samtgemeinde zugutekommt.

Dafür setzen wir uns ein:

- Wir wollen im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung prüfen und vorantreiben, wo eine leitungsgebundene Fern- oder Nahwärmeversorgung wirtschaftlich sinnvoll ist und zeitnah angeboten oder ausgebaut werden kann. Leitungsgebunden bedeutet, dass Wärme über Rohre zu den Gebäuden gelangt – ähnlich wie Wasser oder Strom über ein Netz.
- privaten Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern außerhalb von Nah- oder Fernwärmegebieten eine kostengünstige und unabhängige Energieberatung angeboten wird.
- ein möglicher Ausstieg aus der Erdgasversorgung frühzeitig geplant und transparent kommuniziert wird, damit Kostenrisiken für Verbraucherinnen und Verbraucher begrenzt

werden. Die konkrete Umsetzung hängt dabei auch von Netzbetreibern, gesetzlichen Vorgaben und Förderbedingungen ab.

Weitere kommunale Klimaschutzmaßnahmen

- den kommunalen Gebäudebestand bestmöglich energetisch zu sanieren und den kommunalen Energiebericht zur Priorisierung zu nutzen.
- einen Klimavorbehalt für politische und administrative Maßnahmen einzuführen. Das bedeutet: Satzungen, Maßnahmen und Förderprogramme sollen darauf geprüft werden, welche Folgen sie für Klima und Energieverbrauch haben.
- kommunale Entscheidungen stärker an Klima- und Energiezielen ausrichten und Fördermöglichkeiten für wirksame Klimaschutzmaßnahmen konsequent nutzen.

Landwirtschaft wertschätzen und ökologisch weiterentwickeln

Die Landwirtschaft prägt unsere Gemeinde. Wir wollen landwirtschaftliche Betriebe wertschätzen und zugleich den Weg zu mehr Umwelt-, Klima- und Tierschutz unterstützen. Unser Leitbild ist eine regionale Landwirtschaft, die wirtschaftlich tragfähig ist, natürliche Ressourcen schont und Verbraucherinnen und Verbraucher mit hochwertigen Lebensmitteln versorgt.

Wir setzen uns dafür ein, dass:

- wir im Rahmen kommunaler Trägerschaft und Vergabe darauf hinwirken, dass in Kindergärten und Schulen ökologische und möglichst regional erzeugte Lebensmittel angeboten werden.
- landwirtschaftliche Nutzflächen im Eigentum der Gemeinde bei Neuverpachtung vorrangig an ökologisch wirtschaftende Betriebe vergeben werden.
- die Gemeinde keine Bauflächen für baurechtlich nicht privilegierte Stallbauvorhaben ausweist. Gemeint sind Stallbauten, die nicht automatisch durch das Baurecht im Außenbereich begünstigt sind; so wollen wir bäuerliche Betriebe und Umwelt schützen.
- die Samtgemeinde Teil einer Ökomodellregion wird. Eine Ökomodellregion unterstützt Kommunen und Betriebe dabei, mehr ökologische Landwirtschaft, regionale Verarbeitung und bessere Absatzmöglichkeiten aufzubauen.
- uns gegenüber Kreis, Land und Bund dafür einsetzen, dass landwirtschaftliche Betriebe für ihre Erzeugnisse und Leistungen angemessene, existenzsichernde Erlöse erzielen.

Wir begrüßen solidarisch und genossenschaftlich geführte Landwirtschafts- und Wohnprojekte sowie Co-Working-Spaces auf früheren Bauernhöfen. Sie können Leerstand verhindern, Höfe erhalten und dem Dorfleben neue Impulse geben.

Soziales, Vielfalt, Kultur und Bildung

Soziale Infrastruktur sichern

Kommunale Sozialpolitik entscheidet mit darüber, ob Menschen Unterstützung finden, teilhaben können und sich in unserer Samtgemeinde sicher fühlen. Armut, steigende Wohnkosten, Einsamkeit, Krankheit und Ausgrenzung können Kommunen nicht allein lösen – viele Ursachen liegen bei Bund,

Land, Arbeitsmarkt oder Gesundheitswesen. Aber die Samtgemeinde kann Beratung, Begegnung und Hilfe vor Ort verlässlich organisieren, soziale Träger unterstützen und Angebote sichtbar machen.

Unser Maßstab ist eine soziale Infrastruktur, die niedrigschwellig, gut erreichbar und dauerhaft finanziert ist. Niedrigschwellig heißt: Hilfe soll ohne große Hürden, ohne lange Wege und ohne komplizierte Verfahren erreichbar sein. Wer Unterstützung braucht, soll wissen, an wen er oder sie sich wenden kann – ob bei Schulden, Arbeitslosigkeit, Sucht, Einsamkeit, Energiearmut oder familiären Belastungen.

Konkret wollen wir soziale Hilfe besser auffindbar machen: durch eine übersichtliche Kontaktliste auf der Internetseite der Samtgemeinde, gut verständliche Informationen in öffentlichen Einrichtungen und regelmäßige Hinweise über Schulen, Kitas, Vereine und Arztpraxen. Niemand soll lange suchen müssen, wenn Unterstützung gebraucht wird.

Deshalb wollen wir:

- zivilgesellschaftliche Gruppen unterstützen, die sich Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenstellen – etwa durch Räume, Öffentlichkeitsarbeit, kleine Projektzuschüsse und die Einbindung in kommunale Veranstaltungen.
- in enger Zusammenarbeit mit Beratungsstellen Hilfen für Menschen in Not ausbauen, insbesondere Arbeitslosen-, Schuldner- und Suchtberatung. Wir wollen regelmäßige Beratungstage im Rathaus oder an gut erreichbaren Orten prüfen, vorhandene Angebote in einer verständlichen Übersicht bündeln und freie Träger, Kirchen, Vereine, Schulen, Kitas und Arztpraxen stärker als Lotsen zu passenden Hilfen einbeziehen.
- eine kostenlose Energieberatung für Menschen mit geringem Einkommen ermöglichen, damit hohe Strom- und Heizkosten nicht zur sozialen Falle werden. Die Beratung soll praktische Hilfe bieten – etwa beim Stromsparen, beim Verstehen von Abrechnungen und beim Zugang zu Unterstützungsangeboten.
- Angebote gegen Einsamkeit stärken, zum Beispiel durch regelmäßige Begegnungsnachmittage in den Ortsteilen, Besuchsdienste für ältere oder alleinlebende Menschen, Nachbarschaftshilfe, gemeinsame Mittagstische und Treffpunkte, die ohne Konsumzwang genutzt werden können.
- eine kommunale Übersicht über barrierefreie und gut erreichbare Treffpunkte erstellen, damit Vereine, Seniorengruppen, Jugendangebote, Selbsthilfegruppen und Initiativen passende Räume leichter finden.
- prüfen, ob ein jährlicher Sozialbericht oder Sozialcheck für die Samtgemeinde eingeführt werden kann, der zeigt, welche Bedarfe bestehen, welche Angebote genutzt werden und wo Lücken geschlossen werden müssen.
- soziale Einrichtungen, Vereine und Initiativen besser miteinander vernetzen, zum Beispiel durch ein regelmäßiges Sozialforum der Samtgemeinde. Dort können Beratungsstellen, Schulen, Kitas, Jugendpflege, Seniorenarbeit, Vereine und Verwaltung Erfahrungen austauschen, Doppelstrukturen vermeiden und gemeinsame Projekte entwickeln.

- die Haushaltsmittel für soziale Einrichtungen der Samtgemeinde verstetigen, transparent darstellen und stärker daran ausrichten, welche Angebote für Beratung, Begegnung, Prävention und Teilhabe tatsächlich gebraucht werden.

Migration und Integration

Migration und Vielfalt sind längst Teil unserer Gemeinde. Eine offene und integrationsfähige Kommune ist entscheidend, um die kommenden Herausforderungen zu meistern. Studien zeigen zugleich, dass rassistische Einstellungen und Diskriminierung weiterhin verbreitet sind. Dem stellen wir uns entschieden entgegen.

Rassismus betrifft Menschen auf unterschiedliche Weise. Schwarze Menschen, People of Color, Sinti*zze und Rom*nja, Jüdinnen und Juden sowie Personen, die als muslimisch, asiatisch, afrikanisch oder osteuropäisch wahrgenommen werden, erleben auch in Kommunen Diskriminierung. Viele sind mehrfach betroffen, etwa aufgrund von Geschlecht, Behinderung, Armut oder queerer Identität. Als GRÜNE setzen wir uns dafür ein, unsere Kommune aktiv gegen Rassismus und jede Form der Diskriminierung zu stärken.

- Regelmäßige Schulungen für Beschäftigte in Verwaltung, Schulen und Ordnungsdiensten helfen, Diskriminierung abzubauen und Vielfalt als Normalität in kommunalen Strukturen zu verwurzeln. Das werden wir sicherstellen.
- Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung bleibt eine wichtige Aufgabe. Damit ist gemeint, dass Verwaltung für Menschen mit unterschiedlichen Sprachen, Erfahrungen und Lebensgeschichten verständlicher und zugänglicher wird. Personalentwicklung, Vielfalt und Nachwuchsförderung sollen zusammengedacht werden; Sprachkompetenz und internationale Erfahrung sollen als Stärken anerkannt werden.
- Sprache ist einer der Schlüssel zur Teilhabe. Sprach- und Integrationskurse werden vor allem durch Bund, Land und zuständige Träger organisiert. Kommunal können wir Räume bereitstellen, Kooperationen fördern, Informationen zugänglich machen und darauf hinwirken, dass Angebote niedrigschwellig, alltagsnah und auf die Lebensrealität der Teilnehmenden abgestimmt sind. Mehrsprachigkeit ist Teil der kommunalen Realität und sollte in Kitas, Schulen, Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen als Stärke sichtbar werden.
- Wir wollen die dezentrale, kleinteilige Unterbringung von Geflüchteten im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten weiter ausbauen. Bei Gemeinschaftsunterkünften setzen wir uns gegenüber zuständigen Stellen für verbindliche Standards ein, die Privatsphäre, Beratung, Freizeitangebote, psychosoziale Unterstützung und Schutzkonzepte für vulnerable Gruppen sichern.
- Quartiersentwicklung soll soziale Arbeit, Jugendarbeit, Bildung, Teilhabe und Begegnung zusammendenken. Quartiersentwicklung bedeutet, Nachbarschaften und Ortsteile so zu stärken, dass Menschen dort Unterstützung, Begegnung und gute Angebote finden. Nachbarschafts- und Familienzentren sowie nichtkommerzielle Treffpunkte wollen wir fördern, erhalten und stärken.
- Erinnerungskultur verbindet, wenn sie vielfältige Perspektiven aufgreift. Gemeint ist der bewusste Umgang mit der Geschichte vor Ort – etwa mit Kolonialgeschichte, NS-Verbrechen

und Zwangsarbeit. Das stärkt historisches Bewusstsein und demokratische Widerstandskraft in einer vielfältigen Gesellschaft. Dafür setzen wir uns ein.

- Politische Bildung für zugewanderte Menschen wollen wir stärken – etwa durch Workshops zu Beteiligung, Parteiendemokratie, Gewerkschaften und kommunalen Strukturen.

Queer-inklusive Kommune

Wir stehen für eine Kommune, die Vielfalt als Stärke versteht. Queere, inter*, trans*, nicht-binäre, behinderte, migrierte und mehrfach diskriminierte Menschen gehören selbstverständlich dazu. Queer ist ein Sammelbegriff für Menschen, deren sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität nicht der gesellschaftlichen Mehrheit entspricht. Inter*, trans* und nicht-binär beschreiben unterschiedliche Erfahrungen von Geschlecht und Selbstverständnis. Deshalb setzen wir uns für Strukturen ein, die queeres Leben sichtbar, sicher und gleichberechtigt machen.

- Wir wollen, dass kommunale Einrichtungen barrierefrei und interkulturell verständlich kommunizieren. Formulare und Online-Portale sollen selbst gewählte Pronomen und mehr als zwei Geschlechtsoptionen ermöglichen.
- Wir wollen Vereine und Veranstaltende dabei unterstützen, Ausschlüsse abzubauen und geschlechtsinklusive Strukturen zu stärken.
- Wir unterstützen unsere Schulen bei der Durchführung von Projekten zu Themen geschlechtlicher, sexueller und kultureller Vielfalt, soweit dies im Rahmen kommunaler Schulträgerschaft, Kooperationen und Projektförderung möglich ist.
- Wir unterstützen Vereine darin, die gleichberechtigte Teilnahme von nicht-binären und inter* Personen zu ermöglichen.
- Wir setzen uns dafür ein, bei Neubauten und Sanierungen kommunaler Schulen und Sportstätten geschlechtsneutrale Toiletten und Umkleiden mitzudenken und dort umzusetzen, wo es baulich und organisatorisch möglich ist.
- Wir setzen uns dafür ein, dass während des Pride-Monats die Regenbogenflagge am Rathaus gehisst wird.

Kultur stärkt Gemeinschaft

Kunst und Kultur machen unsere Gemeinde attraktiv, stärken Begegnung und schaffen Identität. Chöre, Laientheater, Soziokultur, Vereine und Einrichtungen wie das Bürger- und Kulturhaus Dahlenburg sind wichtige Orte des Zusammenhalts. Soziokultur meint kulturelle Angebote, die Menschen aktiv zusammenbringen und Beteiligung ermöglichen – nicht nur Zuschauen, sondern Mitmachen.

Wir wollen ehrenamtliche Kulturschaffende besser unterstützen und Kulturförderung verlässlicher machen. Dafür braucht es eine klare Ansprechperson in der Verwaltung, einfache Informationen zu Fördermöglichkeiten, frühzeitige Planungssicherheit und praktische Unterstützung bei Raumnutzung, Genehmigungen, Technik, Versicherung und Öffentlichkeitsarbeit.

Kulturelle Angebote sollen für alle Generationen erreichbar bleiben und die Ortsentwicklung sichtbar bereichern. Wir wollen öffentliche Räume, Dorfgemeinschaftshäuser, Schulen, Bibliotheken, das

Bürger- und Kulturhaus und Plätze im Ortskern stärker als Orte für Lesungen, Musik, Theater, Ausstellungen, Dorfkino, Workshops, Märkte, offene Proben und Begegnung nutzen.

Besonders wichtig ist uns, Kultur auch in die Ortsteile zu bringen. Kleine Formate wie mobile Kulturangebote, gemeinsame Feste, offene Bühnen, generationenübergreifende Projekte, Vorlesenachmittage, Mitmachwerkstätten, Musik im Dorf und Kooperationen mit Schulen, Kitas und Vereinen können Menschen zusammenbringen und neue Beteiligung ermöglichen.

Wir wollen einen regelmäßigen Kulturkalender für die Samtgemeinde aufbauen, damit Veranstaltungen besser sichtbar werden und Vereine, Initiativen und Kulturschaffende leichter zusammenarbeiten können. Der Kalender soll online und in gedruckter Form zugänglich sein, damit auch Menschen ohne digitale Zugänge informiert bleiben.

Außerdem wollen wir prüfen, ob ein kleiner, unbürokratischer Kulturfonds eingerichtet werden kann. Damit könnten ehrenamtliche Projekte wie Dorfkonzerte, Ausstellungen, Theaterabende, Kinderkultur, Workshops oder inklusive Kulturformate mit überschaubaren Beträgen unterstützt werden.

Kultur soll sichtbar im Ortsleben verankert sein. Deshalb wollen wir bei Ortsentwicklung, Tourismus, Leerstandsnutzung und Veranstaltungen stärker mitdenken, wie Kunst, Musik, Geschichte und regionale Identität den öffentlichen Raum beleben können.

Bildung ermöglicht Teilhabe

Unsere Bildungslandschaft ist vielfältig: Kinder und Jugendliche bringen unterschiedliche soziale, sprachliche und individuelle Voraussetzungen mit. Diese Vielfalt ist eine Herausforderung für Kitas, Schulen und Träger – und zugleich eine große Chance für unsere gemeinsame Zukunft.

Bildung ist Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe – ein Leben lang. Die pädagogischen Inhalte und viele Personalfragen liegen vor allem in der Verantwortung des Landes. Als Gemeinde tragen wir Verantwortung für gute Räume, Ausstattung, Schulträgerschaft sowie verlässliche Kita- und Krippenangebote.

Wir wollen dafür sorgen, dass der Bedarf an Kita- und Krippenplätzen dauerhaft gedeckt wird und neue Einrichtungen verlässlich in Betrieb gehen.

- Wir setzen uns im Rahmen kommunaler Zuständigkeit für gute Räume, Ausstattung und Rahmenbedingungen in den Bildungseinrichtungen ein. Für ausreichendes pädagogisches Personal nehmen wir Land und Träger in die Verantwortung.
- Wir wollen ein attraktives und vielfältiges Betreuungsangebot aus Tagespflege, Kita- und Krippeneinrichtungen mit unterschiedlichen Konzepten sichern. Auch die Idee eines Waldkindergartens, wie den in Tangsehl unterstützen wir.
- Der ab Sommer 2026 geltende Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter muss tatsächlich eingelöst werden. Dafür setzen wir vorrangig auf gebundenen Ganztag an einer dafür ausgestatteten Ganztagsgrundschule. Gebundener Ganztag bedeutet, dass Unterricht, Betreuung, Mittagessen und Lernzeiten verlässlich über den Tag organisiert sind. Dazu gehören Räume, in denen Schülerinnen und Schüler ein gesundes

Mittagessen einnehmen und ihre Mittagspause verbringen können. Deshalb unterstützen wir den notwendigen Bau einer neuen Grundschule in Dahlenburg.

- Wir wollen Demokratieprojekte von Schülerinnen und Schülern unterstützen, denn unsere Demokratie ist durch Rechtsextremismus und Desinformation bedroht.
- Wir fördern Kooperationen aller Schulen in der Samtgemeinde untereinander und mit den Vereinen vor Ort.

Mobilität, Bauen und Wohnen

Mobilität und Verkehr – Bewegung mit Verantwortung

Wir setzen uns für einen starken öffentlichen Nahverkehr ein. Linienplanung, Taktung und Finanzierung liegen wesentlich bei Landkreis, Land und Verkehrsunternehmen. Kommunal können wir Bedarfe sichtbar machen, Haltestellen und Zuwegungen verbessern, den Dörferbus e. V. unterstützen und gegenüber den zuständigen Stellen bessere Verbindungen einfordern.

Auch die Verbindungen zwischen den Mitgliedsgemeinden und zum Hauptort Dahlenburg müssen verbessert werden, damit Angebote des täglichen Lebens gut erreichbar bleiben.

Auch der Radverkehr braucht eine klare Entwicklungsperspektive. Deshalb haben wir bereits im Frühjahr 2021 gemeinsam mit der Stadt Bleckede ein Radverkehrskonzept im Samtgemeinderat auf den Weg gebracht.

Dabei wurde auch das Wirtschaftswegenetz zwischen den Mitgliedsgemeinden auf seine Eignung als Radwegeverbindung untersucht. Wo es sinnvoll ist, sollen Wege fahrradtauglich hergerichtet und als Radwegeverbindungen ausgewiesen werden. Die Fahrradstraße von Dahlenburg über Marienau und Riecklingen zur Kreisstraße nach Breetze und Bleckede ist bereits auf den Weg gebracht und teilweise umgesetzt.

Der Bau des Radweges entlang der Kreisstraße bis nach Bleckede liegt in der Zuständigkeit des Kreises und ist dort ab 2027 in der Planung berücksichtigt. Wir begleiten diese Planung aktiv und setzen uns für eine verlässliche Umsetzung ein.

Diebstahlsichere Fahrradabstellmöglichkeiten an der B 216 bei Mücklingen und Dumstorf sind vorbereitet. Eine weitere moderne Abstellanlage ist am Bahnhof in Lemgrave vorgesehen.

Motorisierter Individualverkehr

Insbesondere im ländlichen Raum wird der motorisierte Individualverkehr weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Gemeint ist der Verkehr mit privaten Autos, Motorrädern oder ähnlichen Fahrzeugen. Zugleich ist klar: Die Zukunft des Autos ist elektrisch. Den Umstieg wollen wir vorantreiben.

- Die öffentliche Ladeinfrastruktur muss bedarfsgerecht ausgebaut werden. Das wollen wir als Kommune in enger Abstimmung mit örtlichem Einzelhandel, Gastronomie und Unternehmen koordinieren.
- Wir wollen die erweiterten Möglichkeiten der Straßenverkehrsordnung für innerörtliche Tempo-30-Bereiche nutzen und vor allem Schulwege sicherer machen. Wo Entscheidungen bei anderen Straßenverkehrsbehörden liegen, werden wir entsprechende Anträge stellen und fachlich begründen.

- Neue kommunale Fahrzeuge sollen, sofern am Markt verfügbar, künftig mit emissionsfreien Antrieben angeschafft werden.

Bauen und Wohnen – fair und ökologisch

Dahlenburg soll eine attraktive Gemeinde mit lebendigem Ortskern, bezahlbarem Wohnraum und hoher Aufenthaltsqualität sein. Deshalb setzen wir auf Innenentwicklung vor Außenentwicklung: Baulücken, Leerstand und vorhandene Flächen sollen besser genutzt werden, bevor neue Flächen am Ortsrand bebaut werden. Dazu gehört eine klimagerechte Bauleitplanung – also Planungen, die Hitze, Starkregen, Energieverbrauch und Grünflächen berücksichtigen – und eine bessere Nutzung vorhandener Flächen. Den öffentlichen Raum wollen wir so gestalten, dass Begegnung, Grün, Schatten, Barrierefreiheit und kurze Wege selbstverständlich werden.

Besonders der Ortsmittelpunkt „Am Markt“ soll als einladender Treffpunkt für Alltag, Handel und Begegnung gestärkt werden.

- Wir setzen uns für ein umfassendes Baulücken- und Leerstandskataster ein. Das ist eine Übersicht darüber, wo Grundstücke ungenutzt sind, Gebäude leer stehen oder Flächen besser genutzt werden könnten.
- Wir prüfen bestehende Bau- und Gewerbeflächen auf Nachverdichtungspotenziale. Damit ist gemeint, ob auf bereits bebauten oder erschlossenen Flächen zusätzlicher Wohn- oder Gewerberaum entstehen kann. Bebauungspläne passen wir dort an, wo sie sinnvoller Nachverdichtung entgegenstehen.
- Wir prüfen Potenziale zur Aufstockung, zum Ausbau und zur Wohnüberbauung vorhandener Gebäude und ermöglichen sie bei Bedarf durch angepasste Bebauungspläne.
- Bei neuen Bebauungsplänen wollen wir Anreize für verdichtetes, mehrgeschossiges Bauen schaffen. Das bedeutet: Wo es passt, sollen mehrere Wohnungen auf weniger Fläche entstehen können, damit Boden geschont wird.
- Wir wollen bei neuen Baugebieten auf klimaangepasste Freiflächen achten: mit schattenspendenden Bäumen, wasserdurchlässigen Flächen, Regenwasserrückhalt und möglichst wenig versiegeltem Boden.
- Die Begrünung von Fassaden und Dächern wollen wir durch Beratung, Bebauungsplanung und passende Fördermöglichkeiten unterstützen.
- Wir setzen auf Innenentwicklung vor Außenentwicklung, weil Bauen auf der grünen Wiese Lebensräume von Tier- und Pflanzenarten zerstört.

Verwaltung, Demokratie und kommunale Handlungsfähigkeit

Moderne Verwaltung – nah an den Menschen

Eine moderne Verwaltung muss Dienstleisterin und Partnerin der Bürgerinnen und Bürger sein: verständlich, erreichbar, digital und persönlich – mit klaren Zuständigkeiten, verlässlichen Prozessen und einer Kultur, die Lösungen ermöglicht.

Digitalisierung ist dafür ein wichtiges Werkzeug: Sie kann Abläufe vereinfachen, Mitarbeitende entlasten, Barrieren abbauen und mehr Zeit für persönliche Beratung schaffen.

Der demografische Wandel erschwert es, ausreichend Personal zu gewinnen. Digitalisierung und klare Prozesse helfen, trotz sinkender Personalkapazitäten eine bürgernahe und leistungsfähige Verwaltung zu sichern.

Kommunale Angebote sollen für alle zugänglich sein – barrierefrei, digital und analog.

Wir wollen:

- die Digitalkompetenz der kommunalen Beschäftigten durch regelmäßige Schulungen zu Digitalisierung und künstlicher Intelligenz ausbauen.
- die Attraktivität der Gemeinde als Arbeitgeberin durch partizipative Führung, transparente Kommunikation, mehr Verantwortung und lösungsorientiertes Arbeiten erhöhen. Partizipative Führung bedeutet, Beschäftigte stärker einzubeziehen und ihre Erfahrungen für bessere Entscheidungen zu nutzen.
- soziale und ökologische Mindeststandards bei kommunalen Auftragsvergaben einhalten.

Einfachere Entscheidungsstrukturen

Die Samtgemeinde Dahlenburg besteht aus fünf Gemeinden. Eine Umwandlung in eine Einheitsgemeinde ist eine grundlegende Strukturfrage und darf nur ergebnisoffen, transparent und unter Beteiligung aller Betroffenen geprüft werden.

Unser Maßstab ist nicht Tradition um ihrer selbst willen, sondern die Frage: Was stärkt Bürgernähe, Tempo, Kosteneffizienz und demokratische Beteiligung? Eine Einheitsgemeinde kann sinnvoll sein, wenn sie Verwaltung vereinfacht, Doppelstrukturen abbaut und finanzielle Spielräume verbessert. Sie darf aber nicht zu weniger Mitwirkung vor Ort führen.

Darum fordern wir eine echte Folgenabschätzung zu Kosten, Personal, Servicequalität, Ortsräten und Identität der Ortsteile, bevor Entscheidungen getroffen werden. Eine Folgenabschätzung prüft vorab, welche Auswirkungen eine Entscheidung voraussichtlich hat – finanziell, organisatorisch und für die Menschen vor Ort. Unser Grundsatz lautet: erst vergleichen, dann entscheiden.

Wirtschaft und Finanzen

Wirtschaft stärken, Umwelt schützen

Grüne Wirtschaftspolitik denkt Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Umwelt zusammen. Wertschöpfung bedeutet, dass Arbeit, Einkommen, Aufträge und Gewinne möglichst in der Region entstehen und dortbleiben. Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen, Handwerk, Handel, Tourismus und innovative Gründungen stärken – besonders dort, wo nachhaltige Geschäftsmodelle, Digitalisierung und regionale Kreisläufe neue Chancen eröffnen.

Unser Ziel ist eine lebendige lokale Wirtschaft, die gute Arbeit schafft, Ortskerne belebt und den Wandel zu mehr Nachhaltigkeit aktiv nutzt.

Wir wollen die Lebensqualität vor Ort erhöhen und Dahlenburg als Wohn-, Arbeits- und Wirtschaftsstandort attraktiver machen.

- Menschen kaufen vor allem dann vor Ort ein, wenn sie darin einen klaren Mehrwert erkennen. Deshalb wollen wir ein attraktives Ortszentrum stärken, einen Wochenmarkt etablieren

und Ansiedlungen rund um den Marktplatz unterstützen, die Versorgung, Begegnung und nachhaltigen Konsum vor Ort verbessern.

- Die Region Dahlenburg verfügt über eine vielfältige Natur- und Kulturlandschaft mit guten Voraussetzungen für nachhaltigen Tourismus. Wir wollen Beherbergungsbetriebe besser vernetzen, Wirtschaftswege fahrradtauglich ausbauen sowie Rad- und Wanderwege stärken.
- Die Umgestaltung des in die Jahre gekommenen Campingplatzes beim Schwimmbad zu einem Naturcampingplatz unterstützen wir weiter.
- Wir wollen Betriebe ansiedeln, die sich Klima-, Umwelt- und Naturschutz verpflichtet fühlen, und dafür Förderprogramme rechtzeitig prüfen und ausschöpfen.
- Wir setzen uns gemeinsam mit der Kreispolitik und den zuständigen Wirtschaftsförderungen dafür ein, Wirtschaftsfördermaßnahmen im Ostkreis gezielt zu stärken und infrastrukturelle Unterschiede abzubauen.

Finanzen unserer Kommunen stärken

Solide Finanzen sind die Grundlage dafür, dass unsere Gemeinden handlungsfähig bleiben – für Schulen, Straßen, Feuerwehr, Schwimmbad, Dorfgemeinschaftshäuser, Vereine, soziale Angebote und eine verlässliche Verwaltung. Die Finanzlage ist angespannt, doch gerade deshalb braucht es klare Prioritäten, sorgfältige Entscheidungen und eine Politik, die Zukunftsinvestitionen möglich macht.

Die angespannte Finanzlage hat viele Ursachen, die wir vor Ort nicht allein steuern können: Bund und Land übertragen Aufgaben, ohne sie ausreichend zu finanzieren, soziale Pflichtausgaben steigen und eine schwache Konjunktur belastet die Gewerbesteuer. Deshalb brauchen Städte, Gemeinden und Landkreise eine Finanzierung, die zu ihren Aufgaben passt. Gleichzeitig übernehmen wir kommunal Verantwortung: Vorrang haben Bildung, Feuerwehr, Infrastruktur, soziale Teilhabe, Klimaschutz und eine handlungsfähige Verwaltung. Maßnahmen mit geringer Wirkung stellen wir zurück, Fördermittel nutzen wir konsequent und Kooperationen bauen wir aus. Unser Maßstab ist einfach: Jeder Euro soll das Leben der Menschen in Dahlenburg konkret verbessern.

Keine unnötigen Mehrbelastungen

Wir wollen Bürgerinnen und Bürger nicht unnötig belasten. Kommunale Steuern und Abgaben sind in der Regel nicht sozial gestaffelt, sondern treffen viele Menschen unabhängig vom Einkommen. Sozial gestaffelt würde bedeuten, dass Menschen je nach Einkommen unterschiedlich stark belastet werden. Deshalb setzen wir zuerst auf kluge Priorisierung, Fördermittel, Einsparungen durch Zusammenarbeit und faire Finanzierung durch Bund und Land, statt kommunale Defizite vorschnell über höhere Steuern oder Abgaben auszugleichen.

Kommunale Angebote erhalten

Kommunale Angebote sind mehr als Kostenstellen: Sie halten unsere Gemeinde lebendig. Schwimmbad, Dorfgemeinschaftshaus, Sporthalle, Jugendangebote, Schulen, Straßen und Vereine schaffen Lebensqualität, Begegnung und Zusammenhalt. Deshalb wollen wir sorgfältig wirtschaften, aber nicht an der Zukunft sparen. Wir setzen auf klare Prioritäten, Fördermittel, Kooperationen und faire Finanzierung, damit wichtige Angebote erhalten bleiben und verlässlich weiterentwickelt werden können.

Straßenunterhaltung und Straßensanierung fair regeln

Gute Straßen und sichere Wege sind Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Wir setzen uns dafür ein, Straßenunterhaltung und Straßensanierung fair, transparent und verlässlich zu regeln. Dabei wollen wir Kosten gerecht verteilen und zugleich ehrlich bleiben: Versprechen, die aufgrund gesetzlicher Vorgaben oder fehlender kommunaler Entscheidungsspielräume nicht einlösbar sind, machen wir nicht.

Die Samtgemeinde, insbesondere der Flecken, muss aufgrund hoher Verschuldung alle Einnahme- und Fördermöglichkeiten sorgfältig prüfen, um laufende Aufgaben zu finanzieren und Investitionen möglich zu machen. Eine Finanzierung von Straßensanierungen allein über höhere Grundsteuern würde das Problem nicht lösen und könnte neue Ungerechtigkeiten schaffen. Unser Ziel ist deshalb ein tragfähiger Mix aus Priorisierung, zweckgebundenen Lösungen, Fördermitteln und fairer Lastenverteilung.

Auf Landesebene hat sich Bündnis 90/Die Grünen dafür eingesetzt, Stundungszinssätze deutlich zu senken und eine zweckgebundene Erhöhung der Grundsteuer für Straßensanierungen gesetzlich zu ermöglichen. Stundungszinssätze sind Zinsen, die fällig werden können, wenn Zahlungen aufgeschoben werden. Zweckgebunden bedeutet, dass zusätzliches Geld nur für einen bestimmten Zweck verwendet werden darf. So kann klarer sichergestellt werden, dass zusätzliche Mittel tatsächlich in bessere Straßen und sichere Wege fließen.

Gemeinsam Dahlenburgs Zukunft gestalten

Dahlenburg steht vor großen Aufgaben – aber auch vor großen Chancen. Wir können unsere Samtgemeinde ökologischer, sozialer, gerechter und lebenswerter machen, wenn wir mutig entscheiden, sorgfältig mit unseren Möglichkeiten umgehen und die Menschen vor Ort einbeziehen.

Dieses Programm ist unser Angebot: für starke Dörfer, lebendige Ortskerne, verlässliche Bildung und Betreuung, bessere Mobilität, eine moderne Verwaltung, bezahlbares Wohnen, konsequenten Klima- und Naturschutz und einen Zusammenhalt, der niemanden zurücklässt.

Wir wollen nicht nur verwalten, was ist. Wir wollen gestalten, was möglich ist – gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Betrieben, Landwirtschaft, Schulen, sozialen Einrichtungen und allen, den Dahlenburg am Herzen liegt.

Dafür bitten wir um Ihr Vertrauen, Ihre Unterstützung und Ihre Stimme bei der Kommunalwahl am 13. September 2026.